

# Eklat im Banken-Ausschuss: Grüne orten bei Finanzmarktaufsicht ein „Schweigekartell der Sonderklasse“

Die Fonds galten als „sicher und hochverzinslich“. Zehntausend Österreicher und sechstausend Deutsche steckten ihre Ersparnisse hinein, hofften auf das große Geld – und verloren alles. In der so genannten AMIS-Affäre sind insgesamt 70 Millionen Euro unauffindbar. Zwei Manager sind wegen Betrugsverdacht in Untersuchungshaft.

Gestern war der Kriminalfall Thema im Banken-Ausschuss. Die Geschädigten erheben schwere Vorwürfe gegen die Finanzmarktaufsicht (FMA): Diese hätte die Kleinanleger vor dem AMIS-Konkurs im Herbst 2005 warnen können und müssen. Bereits im Jahr 2000 sei bekannt gewesen, dass Kundengelder entnommen wurden. Die Ge-

schädigten haben eine Amtshaftungsklage gegen die Republik eingebracht.

„Wie konnte das unter den Augen der Aufsicht passieren?“, fragte der SPÖ-Fraktionsführer im Ausschuss, Christoph Matznetter. Durch die Amtshaftungsklage drohe den Steuerzahlern Schaden.

Auch Grüne und FPÖ orten Aufklärungsbedarf.

**Betrug** „Die FMA hat im Rahmen ihrer Befugnisse korrekt gehandelt“, wies FMA-Sprecher Klaus Grubelnik gegenüber dem KURIER die Vorwürfe zurück.

AMIS sei nur eine Mittlerfirma gewesen, das Geld in Luxemburg verloren gegangen, daher seien die dortigen Prüfbehörden verantwortlich.

So sieht das auch die ÖVP. Sie ortet einen „Betrugsfall“, der im Zuge eines gerichtlichen Verfahrens aufgeklärt werden müsse.

Vor den Zeugenbefragungen im gestrigen Ausschuss kam es zum Eklat: FMA-Vorstand Kurt Pribil, der selbst als Zeuge geladen war, pochte auf „besondere Vertraulichkeit“ bei den Aussagen der FMA-Vertreter. Begründung: Wegen der Amtshaftungsklage gegen die Republik dürften

Mehrheit beschließen, dass FMA-Vertreter trotz „besonderer Vertraulichkeit“ aussagen müssen; befragt werden sie dann aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Grüne Werner Kogler tobte: „Die FMA

Behördenvertreter keine Aussagen machen, die die Position der Republik in dem Verfahren gefährden.

Damit konnte Pribil erzwingen, dass FMA-Vertreter nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit heikle Fragen beantworten müssen. Der Ausschuss kann zwar mit 2/3-Mehrheit beschließen, dass

FMA-Vertreter trotz „besonderer Vertraulichkeit“ aussagen müssen; befragt werden sie dann aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Grüne Werner Kogler tobte: „Die FMA

schützt sich selber, stellt sicher, dass sie über ihr eigenes Versagen nicht aussagen muss. Das ist ein Schweigekartell der Sonderklasse. Jetzt weiß ich auch, warum dieser Ausschuss so wichtig ist.“

**Tribunal** FMA-Sprecher Grubelnik wies auch diese Vorwürfe zurück: „Wir brauchen die Öffentlichkeit nicht, um nötige Reformen zu machen.“ ÖVP-Fraktionsführer Günter Stummvoll warf SPÖ und Grünen vor, ein „Polittribunal“ zu veranstalten.

Von sechs geladenen Zeugen konnten gestern aus Zeitgründen nur vier einvernommen werden. Die Befragung von FMA-Chef Pribil wurde auf Jänner verschoben.

— Nicholas Bukovec



WILHELM SCHRAML ©



MICHAEL WESSIG



AP / RONALD ZAK

**AMIS-Affäre:** Günther Stummvoll spricht von „Polittribunal“, Werner Kogler von „Schweigekartell“